

Piratenpartei Deutschland – Landesverband NRW



Piratenpartei • LV NRW • Postfach 10 30 41 • 44030 Dortmund

Frau Sylvia Löhrmann
Ministerium für
Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Ladungsfähige Anschrift
Piratenpartei Deutschland
Landesverband NRW
Pflugstraße 9a
10115 Berlin

Postfach 10 30 41
44030 Dortmund
Fax: 02588 – 9199295
vorstand@piratenpartei-nrw.de
www.piratenpartei-nrw.de

Ansprechpartner	Funktion	E-Mail Adresse	20.02.12
Monika Pieper	Mitglied AK Bildung NRW	monika.pieper@piratenpartei-nrw.de	

Sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann,

der Arbeitskreis Bildung der Piratenpartei NRW beobachtet und diskutiert seit geraumer Zeit die Bemühungen zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems. Wie Sie sehr treffend ausführten, geht es nicht um die Frage ob Inklusion, sondern um das Wie. Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist durchaus in die richtige Richtung, ist aber unserer Meinung nach nicht ausreichend und viel zu unkonkret. Wie die GEW NRW, fordern wir, zunächst die Rahmenbedingungen zu nennen und diese zu gewährleisten.

Betrachtet man die aktuelle Situation und die nicht immer sachlich geführte Diskussion, steht zu befürchten, dass der eigentlich gute Ansatz zum Desaster für einige Schüler wird, besonders für manche Förderschülerinnen und Förderschüler. Viele Lehrer, die derzeit inklusiv arbeiten, haben sich für diese neue Aufgabe freiwillig gemeldet und waren voller Enthusiasmus. Die mangelhaften Bedingungen führen derzeit dazu, dass bei einigen dieser Lehrer der Enthusiasmus in Frust umschlägt und durch Überforderung Inklusion angezweifelt wird.

Sie fordern zu Recht Inklusion mit Augenmaß. Dieses Augenmaß sollte man sowohl zeitlich als auch bei der Angabe von Quoten sehr intensiv nutzen. Die Abschaffung möglichst vieler Förderschulen ist keine Garantie für gelungene Inklusion.

Die Probleme lassen sich wie folgt benennen:

- Manche Städte begrüßen den inklusiven Ansatz sehr und rechnen schon aus, wie viele Förderschulen geschlossen werden können. Die Einsparungen bei Gebäuden, Unterhaltskosten und nicht lehrendem Personal werden zum Stopfen von Haushaltslöchern genutzt.

Wir fordern, das durch Schließung von Förderschulen gesparte Geld zu 100% in die inklusive Schule zu investieren. Inklusion darf keine Sparmaßnahme sein!

Piratenpartei Deutschland – Landesverband NRW



- 32 Schüler pro Klasse sind aktuell in den Grundschulen und den Schulen der Sekundarstufe keine Seltenheit. Inklusiv arbeitende Klassen haben eine Begrenzung auf 25 Schüler. Fällt in der GS eine Lehrkraft plötzlich aus, ist es durchaus üblich, die Klasse auf die anderen Klassen zu verteilen, was die Klassenfrequenz weiter erhöht.

Daher schätzen wir Ihre Pläne zur Reduzierung der Klassenstärke sehr. Für erfolgreiche Inklusion muss das sofort passieren! Schon jetzt leiden viele Schüler an der geringen Zeit- und Aufmerksamkeitsspanne, die ihnen zur Verfügung steht. Dieses Problem wird sich bei inklusivem Arbeiten potenzieren. Die Doppelbesetzung mit einem Sonderpädagogen wird das Problem abschwächen, aber nicht beheben. Viele “Förderschüler” sind durch die Gruppengrößen völlig überfordert. Hier sollten 20 Schüler das Maximum sein, bei bestimmten Förderbedarfen (z.B. Schüler mit Wahrnehmungsproblemen) muss die Anzahl noch deutlich geringer sein.

- Die allgemeinen Schulen haben begonnen, “Förderschüler” mit den Schwerpunkten L, E und S aufzunehmen. Die Lehrer der Regelschulen stehen der neuen Situation häufig ratlos gegenüber. Sonderpädagogen unterstützen oft nur eine sehr begrenzte Stundenzahl. Den Rest der Zeit werden die “Förderschüler” irgendwie mit durchgezogen. Von Förderung kann keine Rede sein!

Es muss sichergestellt sein, dass durchgängig ein Sonderpädagoge in Doppelbesetzung die inklusive Klasse im Team mit dem Klassenlehrer betreut. Dafür reicht der aktuelle Verteilungsschlüssel nicht aus. Der Personalschlüssel muss erhöht werden. Sonderpädagogen dürfen nicht für Vertretungsunterricht missbraucht werden!

- Lehrer der allgemeinen Schulen beklagen zu Recht, für die neuen Aufgaben nicht ausgebildet worden zu sein. Viele Schüler benötigen besondere Unterstützung, die eine Lehrkraft der allgemeinen Schule unter Umständen weder diagnostizieren noch umsetzen kann. Beispielfähig sind hier die mannigfaltigen Ausprägungen von Autismus zu nennen.

Inklusiv arbeitende Lehrer benötigen intensive Fortbildung, um auf die neue berufliche Situation vorbereitet zu werden. Fortbildungen müssen verpflichtend durchgeführt werden, bevor inklusiv gearbeitet wird.

- Erfolgreiche Inklusion erfordert ein hohes Maß an Teamarbeit. Voraussetzung dafür ist die gemeinsame Planung und Organisation des Unterrichts, die einen großen Mehraufwand für das Kollegium bedeutet, zum Beispiel bei der Auswertung von Diagnostik und der Gestaltung und Umsetzung individueller Förderpläne. Von vielen Lehrern wird seitens der Schulleitung verlangt, diesen Mehraufwand “nebenher” zu leisten.

Wir fordern eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer, die in der Inklusion arbeiten, um den neuen Anforderungen gerecht werden zu können. Wöchentliche Teamsitzungen müssen zeitlich in der Präsenzzeit festgelegt sein.

Piratenpartei Deutschland – Landesverband NRW



- In dem Ihnen vorliegenden Gutachten von Klaus Klemm und Ulf Preuss-Lausitz wird gefordert, auf eine Diagnostik bei Schülern mit dem Förderschwerpunkt S, E und L zu verzichten. Der Abschluss der Förderschule Lernen wäre nicht mehr existent. L-Schüler, die einen Hauptschulabschluss nicht erreichen können, verlassen die Schule ohne Schulabschluss. Das ist untragbar!

Dem Vorhaben, für jeden Schüler den individuellen Förderbedarf zu ermitteln, stimmen wir zu. Es muss jedoch weiterhin möglich sein, mit der Einschätzung “Förderschwerpunkt Lernen” einen zieldifferenten Förderplan zu entwickeln, der einen entsprechenden Schulabschluss beinhaltet, wenn der Hauptschulabschluss unerreichbar ist.

- Viele Schüler werden ohne individuelle Begleitung nur unzureichend gefördert werden können. Es werden Integrationshelfer, neu heißen sie Inklusionsassistenten, gefordert. Auf Nachfrage stellt sich heraus, dass manche Schüler bis zu vier Inklusionshelfer haben, die sich im Laufe der Woche abwechseln. Schlimmer noch, für die Arbeit als Inklusionshelfer braucht man momentan keine spezielle Qualifikation.

Es müssen klare Vorgaben erarbeitet werden, welche Qualifikationen ein Inklusionshelfer vorweisen muss. Es bedarf einer festgelegten Aus- und Fortbildung, bevor der Inklusionshelfer den Schüler unterstützt. Viele Schüler mit besonderem Förderbedarf sind auf feste Bezugspersonen angewiesen. Vier wechselnde Inklusionshelfer sind unzumutbar!

- Die Entscheidungen zur inklusiven Schule werden von Politikern, Bildungsexperten, Sprechern von Verbänden und einzelnen sehr engagierten Eltern diskutiert und dann getroffen. Die Mehrzahl der Betroffenen bleibt dabei außen vor.

Wir fordern eine zieloffene, sachliche und ideologiefrei geführte Diskussion mit Partizipation der betroffenen Schüler und Eltern.

Festzustellen ist:

Eine gelungene Inklusion impliziert zusätzliche Investitionen in unser Bildungssystem. Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass die finanzielle Situation in NRW eine kurzfristige Finanzierung der enormen Kosten zulassen würde. Auch die Kommunen werden es sich kaum leisten können, die benötigten Inklusionsassistenten, wie im Gutachten gefordert, über das Jugendamt oder das Sozialamt zu finanzieren.

Ungeachtet dessen werden aber Schüler mit Förderbedarf zunehmend in den allgemeinen Schulen beschult. Mancherorts eröffnen eifrige Schulaufsichtsbeamte keine Verfahren mehr, die den Förderbedarf ermitteln sollen. Anträge von Eltern auf Beschulung durch eine Förderschule werden abgeschmettert. Beim Schulamt der Stadt Bochum hat ein Schulaufsichtsbeamter nach eigener Aussage allein in den letzten zwei Jahren mehr als sechzig Anträge auf Verfahrenseröffnung (zumeist Förderschwerpunkt “Lernen”) nach der AO-SF abgelehnt. Selbst Anträge von Eltern wurden abgelehnt. Ist das Elternwille auf Augenhöhe?

Piratenpartei Deutschland – Landesverband NRW



Kein Verfahren, keine Hilfe für die Betroffenen! Keine Verfahren, keine Förderschüler mehr! Auf ihrer Veranstaltung "Denkfabrik" in Bonn berichtete ein Kinder- und Jugendpsychiater von Kindern, die in psychiatrische Behandlung müssen, da sie in der Grundschule völlig überfordert sind. Die Verweigerung eines Platzes an der Förderschule, bei dem jetzigen Stand eines inklusiven Bildungssystems, betrachtete er als unterlassene Hilfeleistung.

Wir Piraten stehen für eine freie Gesellschaft, in der das Individuum entscheidet, wie es sein Leben gestalten möchte, solange andere nicht beeinträchtigt werden. Jeder Schüler hat das Recht auf einen Platz in einer naheliegenden allgemeinen Schule, aber Schüler, oder deren Eltern, sollten sich in einer angemessenen Übergangszeit auch für eine Förderschule entscheiden dürfen. Daher ist eine kurzfristige, vollständige Abschaffung von Förderschulen oder Kompetenzzentren unsinnig. Inklusion kann nur funktionieren, wenn das Angebot der allgemeinen Schule gleichwertig oder höherwertig als die Förderung durch die Förderschule ist. Die Förderschulen sollten nicht per Gesetz, sondern durch die Schüler bzw. Eltern, die ihre Kinder dort nicht mehr anmelden, aufgelöst werden.

Bitte tragen Sie sofortige Sorge dafür, dass die Bedingungen für eine echte Inklusion geschaffen werden, damit Schüler nicht zu Opfern werden.

Wir werden den weiteren Prozess aufmerksam verfolgen, denn es ist uns sehr daran gelegen, konstruktiv zu der Entwicklung eines inklusiven Schulsystems beizutragen. Über ein Gespräch mit Ihnen würden wir uns daher sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen,
Arbeitskreis Bildung NRW

Monika Pieper
Alexander Reintzsch
Oliver Bayer
Klaus Hammer
Holger Henning
Kai Baumann
Michele Marsching
Holger Knöpker
Kemal Kaygusuz
Jan Ulrich Hasecke
Sven Leimbach
Birgit Rydlewski
Tom Geffe